

Aus aktuellem Anlass = A propos des initiatives

Objektyp: **Group**

Zeitschrift: **Bulletin des Schweizerischen Elektrotechnischen Vereins, des Verbandes Schweizerischer Elektrizitätsunternehmen = Bulletin de l'Association Suisse des Electriciens, de l'Association des Entreprises électriques suisses**

Band (Jahr): **75 (1984)**

Heft 16

PDF erstellt am: **12.07.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

444 ✓

Am 23. September findet die Abstimmung über die Atom- und die Energieinitiative statt. Der Bundesrat und das Parlament lehnen die Vorlagen ab. An ihrer Seite kämpfen die bürgerlichen Parteien und der VSE.

Nein zur Atominitiative

Die Atominitiative wird von der Elektrizitätswirtschaft abgelehnt, weil es keinen vernünftigen Grund gibt, die nukleare Option fallenzulassen. Gerade nukleare Fernwärme kann einen entscheidenden Beitrag zur Verringerung der Luftverschmutzung leisten.

● Fehlende Lagerstätten kein Argument gegen Kernenergie

Die gegnerischen Kreise wollen die Kernenergie u.a. verbieten, weil das Problem der radioaktiven Abfälle nicht gelöst sei. Dem ist entgegenzuhalten, dass ein Verbot der Kernenergie den

Bedarf an Endlagern für die nächsten Jahrzehnte nicht berührt. Die Rückstände aus den bestehenden Anlagen sind da und müssen beseitigt werden.

Die radioaktiven Abfälle werden zu einer Bedrohung der Menschheit emporstilisiert. Die Zeiträume des Zerfalls langlebiger radioaktiver Stoffe zusammen mit der Sensibilisierung der Öffentlichkeit gegenüber der Zerstörung der Natur durch menschliche Aktivitäten lassen dieses Argument gefühlsmässig als richtig erscheinen. «Eine nüchterne Betrachtung des Gefahrenpotentials der langlebigen Radionuklide zeigt hingegen, dass weder ihre Toxizität noch ihre Langlebigkeit den Rahmen konventioneller Abfälle sprengt. So wird zum Beispiel das krebserzeugende Schwermetall Kadmium täglich in Kilogrammengen durch die Kamine unserer Kehrlichtverbrennungsanlagen direkt auf die Pflanzen und die obersten Erdschichten in feinsten Form endgelagert. Da das Element stabil ist, ist auch nach einer Milliarde Jahren die Anfangs-

menge noch immer vorhanden. Sogar im Vergleich mit dem langlebigen radioaktiven Plutonium, von dem nach 100 000 Jahren immerhin 94% der Anfangsmenge verschwunden sind, ist dies eine viel ungünstigere Situation. Die Toten, die unter Verwendung der für die radioaktive Endlagerung benutzten Rechenmodelle in der nahen und fernen Zukunft durch Kadmium verursacht werden, gehen in die Tausende.» (NZZ vom 24. Juli 1984: «Die Endlagerung radioaktiver Abfälle im Inland» von Dr. Werner Burkart.)

Nein zur Energieinitiative

Der VSE lehnt die Energieinitiative ab, obwohl er in seinen energiepolitischen Zielsetzungen sich in Punkt zwei für eine sparsame Nutzung aller Energieformen ausspricht. Wieso? Sicher nicht, weil er gegen die Förderung der Alternativenergien und gegen das Energiesparen ist. Er spricht sich dagegen aus, weil die Vorlage einige versteckte Fallstricke enthält.

● Energiegrundbedarf

Von der für Erdöl, Kohle, Gas und Elektrizität vorgesehenen Energiesteuer ausgenommen ist ein «Energiegrundbedarf pro Einwohner». Laut Aussagen der Initianten soll dieser steuerfreie Energiegrundbedarf über einen Abzug bei der Steuerrechnung erfasst werden. «Eine Familie mit drei Kindern erhalte dabei den Grundbedarf für fünf Personen, ein kinderloses Ehepaar nur denjenigen für zwei Personen zurückvergütet.» Das heisst also, dass eine amtliche Stelle einen Grundbedarf festschreibt, der unabhängig von Alter und Zustand Gültigkeit hat. Wer genau schreibt diesen Satz fest und wie hoch darf er sein? Und ist es richtig, den Abzug pro Person festzulegen oder pro Haushalt?

Ein weites Spielfeld für Beamte und Bürokraten!

Kommt dazu, dass juristische Personen offenbar keinen Anspruch auf einen Energiegrundbedarf haben. Es findet sich auch nirgends ein Hinweis auf eine ausreichende Energieversorgung für die Wirtschaft. Die Initianten scheinen den Werkplatz Schweiz vergessen zu haben.

● Übergangsbestimmungen: Verkapttes Baumaterial für Kraftwerke

Laut den Übergangsbestimmungen dürfen bis zum Inkrafttreten der Ausführungsgesetze in Bund und Kantonen keine Kraftwerke gebaut werden, die mehr als 35 Megawatt elektrischer Leistung haben (ein mittleres Wasserkraftwerk hat eine Leistung von 50 Megawatt). Bis die Gesetze in den Kantonen erlassen sind, ist mit einem minimalen Zeitraum von zehn Jahren zu rechnen. Bei ungünstiger Konstellation erwartet man jedoch bei den heutigen Produktionskapazitäten für den Winter 1989/90 einen Stromengpass bzw. Importüberschüsse.

● Nein zum «Subitoprinzip»

Die Hysterie rund um das Waldsterben hat in weiten Kreisen dazu geführt, dass man dem Motto huldigt: Handle jetzt, denke später! Dieser Einstellung, die man auch als Subitoprinzip bezeichnen kann, kommt die Energieinitiative sehr entgegen. Diese postuliert Verbote und Vorschriften, die als Lösung für unsere Energie- und Umweltprobleme ausgegeben werden.

Wer erst nachdenkt und dann handelt, wird feststellen, dass die Energieinitiative zwar viele positive Forderungen enthält, dass sie politisch jedoch zu weit geht. Mit einem zentralistischen und interventionistischen Massnahmenkatalog, der nach mehr Beamten und mehr Staat ruft, werden mehr Probleme geschaffen als gelöst. Wir brauchen nicht eine völlig neue Energiepolitik, sondern eine den veränderten Bedingungen angepasste. Diese können wir auch mit dem bestehenden Paragrafenwald realisieren.

Das VSE-Forum gastiert vor der Abstimmung an folgenden Orten in der Deutschschweiz:

Ausstellung I	Ausstellung II
21.8. Herisau	21.8. Sarnen
22.8. Herisau	22.8. Sarnen
23.8. Appenzell	23.8. Luzern
24.8. St.Gallen	24.8. Luzern
25.8. St.Gallen	25.8. Luzern
	29.8.-9.9. Thun
30.8. Arosa	
31.8. Chur	
1.9. Chur	
4.9. Horgen	
5.9. Zug	
6.9. Zug	
7.9. Schwyz	
8.9. Schwyz	
11.9. Arbon	10.9. } BBC Martinsberg, Baden
12.9. Kreuzlingen	11.9. } Stans
13.9. Kreuzlingen	12.9. } Stans
14.9. Schaffhausen	13.9. } Altdorf
15.9. Schaffhausen	14.9. } Altdorf
18.9. Wädenswil	15.9. } Sursee
19.9. Näfels	18.9. } Willisau
20.9. Glarus	19.9. } Solothurn
21.9. Glarus	20.9. } Solothurn

Le 23 septembre 1984 aura lieu la votation sur les initiatives antinucléaire et sur l'énergie. Le Conseil fédéral ainsi que le Parlement rejettent ces projets. L'UCS en fait de même.

Non à l'initiative antinucléaire

L'initiative antinucléaire est rejetée par l'économie électrique, car il n'existe pas de raison valable de laisser tomber l'option nucléaire. La chaleur à distance d'origine nucléaire peut justement contribuer de manière déterminante à réduire la pollution de l'air.

● L'absence de sites de stockage n'est pas un argument contre l'énergie nucléaire

Dans les milieux des opposants, on veut interdire l'énergie nucléaire entre autres parce que le problème des déchets radioactifs ne serait pas résolu. A cela il faut répondre qu'une interdiction de l'énergie nucléaire ne dispenserait pas de

construire des dépôts finaux pour les prochaines décennies. En effet, les déchets des centrales existantes sont là et doivent être éliminés.

Les déchets radioactifs ont été présentés de manière simpliste comme un danger pour l'humanité. Du fait de la durée de désintégration des matières radioactives à longue période et de la sensibilisation de l'opinion publique vis-à-vis de la dégradation de la nature par les activités humaines, cet argument apparaît au premier abord comme juste. «Si l'on considère d'une manière objective le potentiel de danger des isotopes radioactifs, qui ont une très longue période, on constate par contre que ni leur toxicité ni leur longue durée de vie ne sortent du cadre des déchets conventionnels. C'est ainsi que le cadmium, métal lourd cancérigène, émis par kilos par les cheminées des usines d'incinération des ordures, se dépose sous forme de poussières directement sur les plantes et les couches supérieures de notre terre. Etant donné que cet élément est stable, la quantité d'origine est encore présentée après un milliard d'années. Cette situation est bien plus défavorable que

celle du plutonium radioactif à longue période, dont 94% de la quantité d'origine ont disparu après 100 000 ans. Si l'on appliquait au cadmium les programmes de calcul utilisés pour le stockage définitif des matières radioactives, les décès dus au cadmium dans un avenir proche et lointain se compteraient par milliers.» (Traduction d'un extrait de l'article «Die Endlagerung radioaktiver Abfälle im Inland» de Dr Werner Burkart, paru dans le NZZ du 24 juillet 1984).

Non à l'initiative sur l'énergie

L'UCS rejette l'initiative sur l'énergie, bien que dans ses objectifs de politique énergétique elle se prononce, au point deux, pour une utilisation économique de toutes les formes d'énergie. Pourquoi? Certainement pas parce qu'elle est contre le développement des énergies douces ou contre les économies d'énergie. L'UCS rejette l'initiative parce que le projet contient des pièges cachés.

● Quantité d'énergie de base

Une quantité d'énergie de base par personne est exonérée de la taxe énergétique sur le pétrole, le charbon, le gaz et l'électricité. Selon les dires des auteurs de l'initiative, la quantité d'énergie de base exonérée se traduira par une déduction d'impôts. «Une famille avec trois enfants recevrait ainsi le remboursement d'une quantité d'énergie de base pour cinq personnes, un couple sans enfant seulement de celle pour deux personnes.» Cela signifie donc qu'un service administratif fixerait une quantité d'énergie de base, qui ne tiendrait compte ni de l'âge ni de la situation. Qui exactement fixerait ce taux et à combien pourrait-il s'élever? Et serait-il juste de fixer une déduction par personne ou ménage?

Un nouveau terrain de chasse pour fonctionnaires et bureaucrates! A cela s'ajoute le fait

que les personnes juridiques n'ont semble-t-il aucun droit à une quantité d'énergie de base. Et rien non plus n'est dit nulle part à propos d'un approvisionnement énergétique suffisant pour l'économie. Les auteurs des initiatives semblent avoir oublié que la Suisse travaille.

● Dispositions transitoires

Suivant les dispositions transitoires, jusqu'à l'entrée en vigueur de la législation d'exécution de la Confédération et de celle des cantons, aucune centrale de production de plus de 35 mégawatts ne pourra être construite (une centrale hydraulique moyenne à une puissance de 50 mégawatts). Jusqu'à ce que des lois cantonales soient promulguées, il faut compter au minimum dix ans. Or, si les conditions sont défavorables on s'attend déjà pour l'hiver 1989/90, avec la capacité de production actuelle, à une production insuffisante et donc à des soldes importateurs.

● Non à une réaction précipitée

L'affolement engendré par le dépérissement des forêts a conduit de nombreux milieux à adopter la devise: «Agir maintenant, penser plus tard!» L'initiative énergétique répond à ce désir de réaction précipitée. Elle prévoit des interdictions et des prescriptions comme prétendues solutions à nos problèmes énergétiques et écologiques.

Mais si l'on commence par penser avant d'agir on constate que l'initiative sur l'énergie contient certes de nombreuses revendications positives mais qu'elle va trop loin sur le plan politique. Avec une série de mesures centralistes et interventionnistes, qui entraînent plus d'administration et plus d'Etat, les problèmes se trouvent multipliés et non pas résolus. Ce n'est pas d'une politique énergétique totalement nouvelle dont nous avons besoin, mais d'une politique énergétique adaptée à l'évolution de la situation. Et nous pouvons aussi y parvenir à l'aide des innombrables paragraphes déjà existants.

Le Forum itinérant UCS-OFEL se tiendra aux mois d'août et de septembre en Suisse romande dans les villes suivantes:

20 août	Porrentruy	
21 août	Les Diablerets et Porrentruy	
22 août	Aigle	
23 août	Orbe	et Payerne
24 août	Montreux	
25 août	Rolle	et Aubonne
27 août	Leysin	
28 août	Carouge	
29 août	Lausanne	et Moutier
30 août	Genève	et Bassecour
31 août	Bussigny	et Delémont
1 ^{er} septembre	Morges	et Courrendlin
2 septembre	Fleurier	
3 septembre	Sion	
4 septembre	Moudon	et Martigny
5 septembre	Oron	et La Chaux-de-Fonds
6 septembre	Echallens	
7 septembre	Cossonay	et Boudry
8 septembre	Genève	et Neuchâtel
10 septembre	Meyrin	
11 septembre	Versoix	et Cernier
12 septembre	Le Locle	
14 septembre	St-Imier	
15 septembre	Nyon	